

Rathau
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0178/2022 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Sistierung der China-Aktivitäten der Fachhochschule Nordwestschweiz in der Leistungsauftragsperiode 2025 - 2029 (14.09.2022)

Der Regierungsrat wird eingeladen, im Rahmen der Verhandlungen zum Leistungsauftrag der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ab 2025 eine Sistierung aller Aktivitäten mit Behörden, Institutionen und Bildungseinrichtungen der Volksrepublik China durchzusetzen.

Begründung 14.09.2022: schriftlich.

Seit Jahren unterhält die Fachhochschule Nordwestschweiz, Abteilung Wirtschaft, enge Beziehungen mit Universitäten, Behörden und staatlichen Institutionen der Volksrepublik China. Diese Aktivitäten werden aus dem China Centre in Olten koordiniert und geführt. Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass China dabei zunehmend eine nach innen totalitäre und nach aussen militärisch-aggressive Politik betreibt, welche die Grundrechte verletzt und souveräne Staaten wie z.B. Taiwan bedroht oder den Bruch des Kriegsvölkerrechts anderer Staaten unterstützt (z.B. im Ukraine-Krieg).

Einen ernüchternden Blick auf China vermittelte jüngst ausgerechnet der Leiter des China Centre der FHNW, Ruedi Nützi (vgl. Azeiger vom 25. August 2022, Seite 43): «Es gilt immer das Primat des Staates und der kommunistischen Partei. Rechtssicherheit gibt es keine». «Eine Gesellschaft, in welcher der eine dem anderen nicht traut, hat keine guten Voraussetzungen für die Zukunft». «Jeder Chinese, der im Westen ist, hat einen Auftrag von der Partei». Wir dürfen davon ausgehen, dass in einer totalitären Parteidiktatur alle staatlichen Behörden, Institutionen und Bildungseinrichtungen und auch die Wirtschaft einer sehr engen Kontrolle und Führung durch die Kommunistische Partei unterstehen. Unter diesen Bedingungen kann aus unserer Sicht keine sinnvolle Kooperation mit chinesischen «Partnern» stattfinden, da Rechtssicherheit und Vertrauen fehlen und die Kooperationspartner Zielsetzungen unterstehen, die denen einer freiheitlichen und demokratischen Werteordnung fundamental widersprechen.

Eine weitere Zusammenarbeit einer öffentlichen Institution wie der FHNW mit China kommt deshalb einem Verrat an unseren Werten gleich (Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Vertrauensschutz, friedliche Lösung von Konflikten). Es kann deshalb unseren Bürgern und Bürgerinnen und Steuerzahlenden nicht zugemutet werden, weiterhin öffentliche Mittel an solche Kooperationen auszurichten.

Im Weiteren sei darauf hingewiesen, dass die FHNW bei einer Weiterführung ihrer China-Aktivitäten ihren eigenen Grundsätzen und Prinzipien untreu wird. Einmal in ihrer Ausrichtung als eine dem demokratischen, freiheitlichen und offenen Gesellschaftsmodell verpflichteten Bildungsinstitution. Daneben aber auch in den explizit formulierten Grundsätzen zu Diversität und Nachhaltigkeit. Wie kann man eine Kooperation führen mit «Partnern», die diesen Grundsätzen in vielen Punkten fundamental widersprechen?

Wir gehen davon aus, dass die Stimme unserer Regierungsvertreter in den Verhandlungen zum Leistungsauftrag da besonderes Gewicht hat, wo es um Einrichtungen geht, die ihren Sitz im Kanton Solothurn haben – wie dies etwa beim China Centre der Fall ist.

Der Leistungsauftrag für die Periode ab 2025 wird durch die Regierungsorgane der Vertragskantone ab Juni 2023 verhandelt. Die Exekutiven der einzelnen Kantone haben danach ihren jeweiligen Parlamenten den Leistungsauftrag zur Genehmigung vorzulegen.

Aus diesem Grund reichen wir diesen Auftrag bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ein.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Richard Aschberger, 3. André Wyss, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Janine Eggs, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Hardy Jäggi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Farah Romy, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Marianne Wyss, Rémy Wyssmann (22)